

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Seit dem Austritt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) 1917 nannte sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD). Die MSPD setzte sich am 9. November 1918 trotz heftiger innerparteilicher Konflikte an die Spitze der Revolution im Deutschen Reich, die nicht von ihr ausgelöst worden war. Durch ihr Engagement versuchte sie, die Ordnung wiederherzustellen. Philipp Scheidemann rief die Deutsche Republik aus und Friedrich Ebert wurde Reichskanzler. Zusammen mit der USPD bildete die MSPD den Rat der Volksbeauftragten als provisorische Regierung und bereitete die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung vor.

Die Rolle der MSPD in der Novemberrevolution wird in der Forschung kritisch gesehen. Gemessen an den programmatischen Zielsetzungen der Partei sowie an den, wenn auch beschränkten, aber dennoch vorhandenen Möglichkeiten, sind die von der MSPD in der Revolution erreichten Ergebnisse als gering einzuschätzen. Lediglich in der Kulturpolitik konnte sie Teile ihres Programms in Bezug auf die Trennung von Kirche und Staat durchsetzen.

Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 konnte die MSPD mit 37,9 Prozent die meisten Stimmen auf sich vereinen. Sie schloss sich mit der Deutschen Zentrumspartei (Z) und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zur Weimarer Koalition zusammen. Philipp Scheidemann löste Friedrich Ebert als Reichskanzler ab, der zum ersten Reichspräsidenten ernannt wurde. Die Koalition zerbrach jedoch nach den Juniwahlen 1920, bei denen die MSPD sehr viele Wähler an die USPD verlor, die mit 17,9 Prozent einen Stimmenzuwachs von über 10 Prozent erlangte. Die MSPD blieb mit 21,7 Prozent stärkste Partei, ging allerdings in die Opposition.

Von Mai 1921 bis November 1922 trat die MSPD erneut in ein Bündnis der Weimarer Koalitionsparteien unter Joseph Wirth (Z) ein. Von August bis November 1923 beteiligte sie sich an der Koalition von Deutscher Volkspartei (DVP), DDP und Deutscher Zentrumspartei (Z) unter Gustav Stresemann (DVP).

Nach dem Anschluss des linken Flügels der USPD an die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) näherte sich die Rest-USPD seit Dezember 1920 der MSPD an, was schließlich zum Zusammenschluss zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (VSPD) im Dezember 1922 führte. 1924 wurde der alte Parteiname SPD wieder eingeführt.

Nach dem enttäuschenden Ergebnis von 20,5 Prozent der Stimmen bei den Maiwahlen 1924 konnte sich die SPD bei den Dezemberwahlen desselben Jahres auf 26,0 Prozent steigern. Dennoch blieb die Partei in der Opposition. Die Wiederaufnahme eines Teils der USPD und die Konsolidierung der Wirtschaft führte zu einer Stärkung der SPD Mitte der 1920er Jahre. Mit 29,8 Prozent der Stimmen bei den Reichstagswahlen 1928 konnte sie ihr Ergebnis erneut steigern und übernahm auch wieder Regierungsverantwortung. Die SPD stellte in der Großen Koalition mit der DDP, der Deutschen Zentrumspartei (Z), der Bayerischen Volkspartei (BVP) und der DVP mit Hermann Müller den Reichskanzler. Diesem Kabinett war die längste Lebensdauer in der Weimarer Republik beschieden. Die Große Koalition zerbrach im März 1930 nicht zuletzt an der Wirtschaftskrise.

Die SPD, bis 1932 stärkste politische Kraft, stützte und verteidigte stets die Republik, obwohl sie sich zumeist in der Opposition befand, vom bürgerlichen Lager überwiegend skeptisch betrachtet wurde und sich wegen ihres vermittelnden Kurses zahlreichen Anfeindungen von rechts und links ausgesetzt sah. Die Partei tolerierte das Präsidialkabinett Hermann Brüning (Z), um eine Machtübernahme durch Adolf Hitler und der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands (NSDAP) zu verhindern. Der fortwährende Spagat zwischen pragmatischer Kompromissbereitschaft und staatspolitischer Verantwortung sowie sozialistischer Programmatik führte zu internen Konflikten und starken Schwankungen der Wahlergebnisse bei Reichstagswahlen von rund 40 Prozent 1919 auf unter 20 Prozent 1933. Der SPD gelang es nicht, ihre Anhängerschaft über das sozialdemokratische Milieu hinaus auszudehnen.

Im größten deutschen Bundesstaat Preußen stellte die SPD mit Otto Braun fast ununterbrochen von 1920 bis 1932 den Ministerpräsidenten. Hier konnte sie auch die Weimarer Koalition mit der DDP und der Deutschen Zentrumspartei bis 1932 als "demokratisches Bollwerk" gegen die extreme Linke und die nationalsozialistische Rechte fortsetzen.

Beteiligung an der Reichsregierung 1920-1932:

Kabinett	Ministerposten
Scheidemann (13. Februar 1919 bis 20. Juni 1919)	Justiz (Otto Landsberg), Wirtschaft (Rudolf Wissel), Ernährung (Robert Schmidt), Arbeit (Gustav Bauer), Reichswehr (Gustav Noske)
Bauer (21. Juni 1919 bis 27. März 1920)	Auswärtiges Amt (Hermann Müller), Inneres (Eduard David), Arbeit (Alexander Schlicke), Wirtschaft (Rudolf Wissel), Ernährung (Robert Schmidt),

	Reichswehr (Gustav Noske), Reichsminister ohne Geschäftsbereich (Eduard David)
Müller I (27. März 1920 bis 21. Juni 1920)	Reichskanzler und Auswärtiges Amt (Hermann Müller), Wirtschaft (Robert Schmidt), Arbeit (Alexander Schlicke), Verkehr, Finanzen (Gustav Bauer)
Wirth I (10. Mai 1921 bis 25. Oktober 1921)	Vizekanzler und Schatz (Gustav Bauer), Inneres (Georg Gradnauer), Wirtschaft (Robert Schmidt)
Wirth II (26. Oktober 1921 bis 22. November 1922)	Vizekanzler und Finanzen (Gustav Bauer), Inneres (Adolf Köster), Justiz (Gustav Radbruch), Wirtschaft (Robert Schmidt)
Stresemann I (13. August 1923 bis 6. Oktober 1923)	Vizekanzler und Wiederaufbau (Robert Schmidt), Inneres (Wilhelm Sollmann), Finanzen (Rudolf Hilferding), Justiz (Gustav Radbruch)
Stresemann II (6. Oktober 1923 bis 30. November 1923)	Wiederaufbau (Robert Schmidt), Inneres (Wilhelm Sollmann), Justiz (Gustav Radbruch)
Marx IV (1. Februar 1927 bis 28. Juni 1928)	Inneres (Carl Severing)
Müller II (28. Juni 1928 bis 27. März 1930)	Reichskanzler (Hermann Müller), Inneres (Carl Severing), Finanzen (Rudolf Hilferding), Wirtschaft (Robert Schmidt), Arbeit (Rudolf Wissel)
Brüning I (31. März 1930 bis 9. Oktober 1931)	Besetzte Gebiete (Carl Severing)

Quellen:

POTTHOFF, Heinrich / WEBER, Hermann (Bearb.), Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung, 1919-1920 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Reihe 3: Weimarer Republik 7), Düsseldorf 1986.

Literatur:

- ASMUSS, Burkhard, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 1918-1933, in: www.dhm.de (Letzter Zugriff am: 08.05.2015).
- FALTER, Jürgen / LINDENBERGER, Thomas / SCHUMANN, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933 Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1986, S. 39-45.
- FISCHER, Benno, Theoriediskussion der SPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main / Bern / New York 1987.
- HARSCH, Donna, German Social Democracy and the Rise of Nazism, Chapel Hill / London 1993.
- HOFMANN, Robert, Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München / Zürich 1993, S. 131-142.
- KASTNING, Alfred, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919 bis 1923, Paderborn 1970.
- KLENKE, Dietmar, Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922-1932, 2 Bde. (Arbeiterkultur und Arbeiterbewegung 11), Münster 1983.
- LEUSCHEN-SEPPEL, Rosemarie, Zwischen Staatsverantwortung und Klasseninteresse. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelphase 1924-1928/29 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte 9), Bonn 1981.
- LUTHARDT, Wolfgang (Hg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933, 2 Bde., Frankfurt am Main 1978.
- MOMMSEN, Hans, Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: DERS. (Hg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt 1974, S. 106-133.
- MILLER, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 63), Düsseldorf 1978.
- MORGAN, David W., The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Socialist Democratic Party 1917-1922, Ithaca N.Y. / London 1975.
- MORSEY, Rudolf, Das Verhältnis von Zentrum und SPD in der Weimarer Republik, in: DERS. / ASCHOFF, Hans G. (Hg.), Christliche Parteien und Sozialdemokratie. Akademietagung zum 100. Jahrestag der Sozialistengesetze (Holthausener Manuskripte 3,78), Lingen 1978, S. 25-45.
- PYTA, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.
- POTTHOFF, Heinrich / MILLER, Susanne, Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002, Bonn ⁸2002.

SCHÖNHOFEN, Klaus, Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart), München 1989.

SCHUSTEREIT, Hartmut, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung von DDP und SPD 1919-1930, Düsseldorf 1975.

SÜHL, Klaus, SPD und öffentlicher Dienst in der Weimarer Republik. Die öffentlich Bediensteten in der SPD und ihre Bedeutung für die sozialdemokratische Politik 1918-1933, Cambridge 2004.

UMMENHOFER, Stefan, Wie Feuer und Wasser? Katholizismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, Berlin 2003.

Weimarer Republik 1918-1933. Reichstagswahlen. Gesamtergebnisse, in: www.wahlen-in-deutschland.de (Letzter Zugriff am: 19.02.2013).

WINKLER, Heinrich August, Klassenbewegung oder Volkspartei? Zur Programmdiskussion in der Weimarer Sozialdemokratie 1920-1925, in: Geschichte und Gesellschaft 8 (1982), S. 9-54.

WINKLER, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts), Berlin / Bonn 1984.

WINKLER, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts 10), Berlin / Bonn ²1988.

Empfohlene Zitierweise:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturreportagen Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 19054, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/19054. Letzter Zugriff am: 26.01.2025.